

## Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

## Die Schadensersatzpflicht nach österreichischem Rechte

Randa, Anton Ritter von Wien, 1907

Nachträge

urn:nbn:at:at-ubi:2-9494

## Nachträge.

S. 13, 3. 5 von unten ift in der Klammer zu lejen: (zu unterscheiben von Rechten.) 3u S. 32 und 143: Wit meiner Auffassung kinmt überein die Dar-itellung bes posithumen böhmischen Werkes des leider vorzeitig dahingeschiedenen Hofrates Prof. Bražák, Osterr. Berwaltungsrecht I., II. (1905, 1906), redigiert von Rieger und Fiedler, §§ 46, 155. Wit Recht hebt derselbe hervor, daß die privatrechtlichen Einwendungen, deren gutliche Beilegung im Administrativ-versahren bei Bauführungen, gewerblichen Betriebsanlagen und Basserbauten nicht gelungen ift, bei Erteilung ber Genehmigung ausbrücklich anzuführen find und beren Austragung auf den Rechtsweg zu verweisen ift. (Bgl. § 30 GewD., § 88 böhm. Baffel., § 37 böhm. Bauordg., dazu §§ 340 flg. HGH, Art. 37 bes EG. zur ZPO.) — Wird die privatrechtliche Einwendung, insbesondere der Anspruch auf Schadloshaltung (vgl. §§ 82 bis 84 böhm. Wassel.) bei der kommiffionellen Berhandlung über Bauten, gewerbliche Betriebs- und Bafferanlagen nicht geltend gemacht, obwohl der Anrainer von der Vornahme der Komunissian nicht geltend gemacht, obwohl der Anrainer von der Vornahme der Komunissian ordnungsmäßig und rechtzeitig verständigt worden ist, so geht der gerichtliche Schutz des Anspruches gegenüber der konzessionsmäßig errichteten Anlage verloren. (§ 29 Gewd., §§ 82 und 83 böhm. Basson, Art. 37 EG. dur JPD.; dazu Randa, Besitz, [4. A.]. S. 280 sig., Wasserrecht, S. 134 sig.; Reumann, JPD., S. 93; Ott, Kiz. s. II., S. 25, 318; auch Pražáf a. a. D., wenigstens sür den Fall des edittalmäßigen Berfahrens; aber \$ 83 Baff. und § 37 EG. enthalten die Beschränkung auf das Edistalversahren nicht; der § 30 Gew. beruft jogar ausdrücklich den § 26 Gew. und die §§ 340 fig ABGB., bezieht sich daher auch auf das abgefürzte Administrativversahren.) Die kombinierte Berhandlung der öffentlich- und privatrechtlichen Einwendungen in Diefen Fallen des Administrativversahrens, sowie die gesetliche Prajudizierung der in demfelben nicht geltend gemachten privatrechtlichen Ginwendungen hat offenbar ben 3wed, volkswirtschaftliche Unternehmungen, in welchen oft große Kapitalien investiert sind und wichtige volkswirtschaftliche Interessen gefördert werden sollen, gegen nachträglich erhobene — vielleicht absichtlich verschwiegene — privatrechtliche Unterschutzungen. spruche, welche das Gebeihen und selbst die Existenz berselben bedroben konnten, im boraus ficherzustellen.

In S. 113 flg.: Eine eingehende Kritik der verschiedenen Theorien über die vis major dietet jüngst Kundnagel, Die Hakung der Eisendahn für Verlust, Beschädigung 2c. nach deutschem Eisendahnfrachtrecht (1906), S. 80—119. Indem er richtig demerkt, daß die Gegensäße zwischen der objektiven und subjektiven Ezbeorie nicht immer rein hervortreten, schließt er sich im Wesen der Experschen Ansicht an. Kundnagel desiniert (S. 113) die vis major als ein Exertigen Ansicht an. Kundnagel desinierts des ilnternehmens entsprungen ist und dessen Einerhalb des Betriebskreises des ilnternehmens entsprungen ist und dessen Ersolge in vernänstigem Verhältnisse stehen, abgewendet werden können. Bei Entwendungen und Beschädigungen sei weitere Voranssehung, daß sie auch durch eine besondere Bewachung des Gutes nicht hätten abgewendet werden können. Darnach haste die Bahn z. B. sür die Folgen der Explosion einer sogenannten Thomasuhr, ebenso sür die Folgen der Entgleisung, wenn der Lokomotivssührer plöylich von Irrsinn befallen werde, "dessen Ansage bereits bei dem Eintritte in den Betriedskreis vorhanden war". Dagegen haste die Bahn nicht, wenn "ein daar unnütz Verland. "Volle Befriedigung" gewähre diese Ergebnis nicht und derum verlangt Rundnagel (S. 114), daß der "Inhalt" der vis major legislativ sessentsicht werde. Gewiß ist die Exgebnis nicht befriedigend, wohl aber zeitge 3 die Bedenklichseit des unbedingten Ausschlusses der sogenannten inneren Be-

triebsunfälle von der vis major.

Bu C. 149: Für die Berückstigung des immateriellen Schadens tritt auch Dnieftranski, Grünh. Zeitschr. 33, S. 154 ein.